



**2021/2209(INI)**

7.2.2022

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Kultur und Bildung

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Entwicklung einer Strategie der EU zur Förderung der Bildung von Kindern weltweit: Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (2021/2209(INI))

Verfasserin der Stellungnahme (\*): Sabine Verheyen

(\*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Kultur und Bildung ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. beharrt darauf, dass eine hochwertige Bildung für alle Kinder als Voraussetzung für die Verwirklichung sämtlicher Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung sichergestellt wird, und betont, wie wichtig es ist, Bildung für nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung von der frühen Kindheit bis zur Tertiär- und Erwachsenenbildung, einschließlich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der nichtformalen Bildung und des informellen Lernens, einzubeziehen;
2. betont, dass die COVID-19-Pandemie und die sich daraus ergebenden vorübergehenden Schulschließungen das Grundrecht auf hochwertige und lebenslange Bildung nicht beeinträchtigen dürfen; betont, dass alle Kinder mit den Kenntnissen, Kompetenzen, Werten und Einstellungen ausgestattet werden müssen, die sie benötigen, um als Bürger zu handeln und ihre sozioökonomische Teilhabe und persönliche Entwicklung zu verwirklichen, unabhängig davon, wer sie sind, wo sie leben, was ihr sozioökonomischer Hintergrund ist oder ob sie eine körperliche oder geistige Behinderung haben;
3. fordert die Behörden von Drittländern nachdrücklich auf, es zu einem ihrer zentralen Ziele zu machen, Schulen während Pandemien offen zu halten und gleichzeitig kontinuierliches Lernen für alle Kinder zu gewährleisten, unter anderem durch Gesundheitsschutz- und Sicherheitsmaßnahmen, Impfstrategien und Fernunterrichtskapazitäten; fordert den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) auf, seine Orientierungshilfen und Unterstützung zu verstärken, damit Regierungen weltweit diese Ziele erreichen können, wobei Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen Vorrang eingeräumt werden sollte, indem sichergestellt wird, dass ihre Bildungseinrichtungen Zugang zu einer grundlegenden Gesundheits- und Sanitärinfrastruktur haben;
4. ist besorgt über die finanziellen Auswirkungen, die die Pandemie nach wie vor auf die Bildungsfinanzierung hat, weil die Mehrheit der UNESCO-Mitgliedstaaten die Schwelle von 4 bis 6 % des BIP bzw. 15 bis 20 % der öffentlichen Ausgaben noch nicht erreicht hat; fordert Drittländer auf, über ihre Aufbaupläne hinaus in die Bildung in der Vorschul-, Primar- und Sekundarstufe I zu investieren; betont, dass Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen trotz zweckgebundener Mittel in ihren COVID-19-Konjunkturpaketen weniger als 1 % der Bildung zugewiesen haben<sup>1</sup> und dass 67 % dieser Länder auf externe Unterstützung für Ausgaben im Zusammenhang mit COVID-19 im Bildungssektor angewiesen sind<sup>2</sup>;
5. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die nationalen Regierungen von

---

<sup>1</sup> UNESCO, „UNESCO Member States unite to increase investment in education“ (UNESCO-Mitgliedstaaten schließen sich zusammen, um Investitionen in Bildung zu erhöhen), 10. November 2021.

<sup>2</sup> Bae, H., Costinot, M., Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Education and Skills Today, „A long road to recovery: National education responses to COVID reveal key equity concerns“ (Ein langer Weg zur Erholung: Nationale bildungspolitische Reaktionen auf COVID-19 offenbaren zentrale Bedenken in Bezug auf den gleichberechtigten Zugang), 13. Juli 2021.

Drittländern auf, Strategien und Leitlinien für den Bildungssektor auszuarbeiten, um koordiniert und organisiert auf weitere Wellen der Pandemie reagieren zu können mit dem Ziel, die negativen Auswirkungen auf den Lernprozess so gering wie möglich zu halten;

6. begrüßt die Pariser Erklärung der UNESCO mit dem Titel „Global call for investing in the futures of education“ (Weltweiter Aufruf, Investitionen in die Zukunft der Bildung zu tätigen); fordert Länder auf der ganzen Welt nachdrücklich auf, Bildung als Investition und nicht als Aufwand zu betrachten; ist der Auffassung, dass angemessene und wirksame finanzielle Unterstützung im Bildungsbereich eine Voraussetzung für die Beseitigung von Armut und die Verbesserung des Wohlbefindens ist, insbesondere in einer Zeit, in der öffentliche Mittel durch den miteinander im Konkurrenzkampf stehenden Bedarf in stark beeinträchtigten Bereichen wie Gesundheit und Bildung immer knapper werden; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Finanzierung der Bildung im Rahmen ihrer internationalen Entwicklungs- und Hilfsstrategien deutlich aufzustocken; fordert die Schaffung einer globalen Partnerschaft für Bildung und die gleichzeitige Einführung einer Reihe internationaler Standards;
7. hebt hervor, dass es wichtig ist, die Analyse der Kosten und die Folgenabschätzung bei der Auswahl und Überwachung von Projekten im Bereich Bildung zu verbessern, sicherzustellen, dass die Dauer von Projekten ausreicht, um den Bildungsbedarf von Kindern in angemessener Weise in Angriff zu nehmen, übermäßigen Verwaltungsaufwand für umsetzende Partner zu verhindern und sich um die langfristige Nachhaltigkeit der Programme „Cash for Education“ (Geld für Bildung) zu bemühen; fordert mehr öffentlich-private Partnerschaften bei materiellen Infrastrukturprojekten im Bereich der Bildung für Kinder;
8. fordert eine strenge Bewertung und Kontrolle der Zuweisung von EU-Mitteln für Bildungsprojekte in Drittländern, um sicherzustellen, dass die Unterstützung tatsächlich Strukturen und nichtstaatlichen Organisationen zugutekommt, die mit den europäischen Werten im Einklang stehen, eine angemessene Ausbildung von Lehrern sicherstellen und Kindern Unterrichtsmaterial zur Verfügung stellen, mit dem nicht zum Hass gegen andere aufgestachelt wird;
9. fordert die Kommission auf, Methoden und Leitlinien zu entwickeln, die ihre Hilfsprojekte besser darauf ausrichten, dass alle Lernenden erreicht werden, insbesondere diejenigen, die möglicherweise keinen Zugang zur Bildung haben, wie Mädchen, Lernende aus benachteiligten Verhältnissen, Lernende mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen und sonstige Lernende, indem Hindernisse für eine hochwertige, sichere und inklusive Bildung und Ausbildung auf allen Ebenen beseitigt werden; betont, wie wichtig es ist, die gesamte Gemeinschaft, einschließlich Familien, in diesen Prozess einzubeziehen; fordert die Kommission auf, die Erhebung und wirksame Überwachung vergleichbarer, nach Geschlecht und Alter aufgeschlüsselter Daten zu unterstützen, um gezielter auf die verschiedenen Untergruppen von Lernenden eingehen zu können;
10. weist darauf hin, dass die COVID-19-Pandemie verheerende Folgen für Kinder und junge Menschen mit Behinderungen hatte, die während der Aus- und

Zugangsbeschränkungen besondere Aufmerksamkeit und Betreuung benötigten und nun mit den Konsequenzen zu kämpfen haben;

11. betont, dass Lernende auf der ganzen Welt aufgrund der Pandemie einen hohen Preis in Form von Lern- und Wissensverlusten und schwerwiegenden Auswirkungen auf die Methodik bezahlt haben, was sich auf die Entwicklung ihrer Fähigkeit zum kritischen Denken ausgewirkt hat; fordert daher die Kommission und den EAD auf, die nationalen Behörden dabei zu unterstützen, die Bildungssysteme sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene zu stärken und in Gleichstellung und Kompetenzen für die Zukunft zu investieren;
12. fordert die Kommission auf, im Bereich des internationalen Handels und der internationalen Zusammenarbeit geeignete legislative Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verschärfung der Kinderarbeit zu verhindern, da jedes Kind ein Grundrecht auf Zugang zu hochwertiger Bildung hat; ruft alle Länder weltweit dazu auf, einen gesetzlichen Rahmen für die Anmeldung an öffentlichen Schulen zu schaffen und ein Mindestalter für den Schulabschluss festzulegen;
13. hebt das Erfordernis hervor, in Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen Programme weiterzuentwickeln und zu stärken, die darauf abzielen, Desinformation entgegenzuwirken, die Ängste von Eltern nach der Pandemie zu lindern und die Vorteile und den potenziellen Nutzen der Schulbildung zu veranschaulichen, um den Schulbesuch zu fördern und Kindern dabei zu helfen, in der Bildung so weit wie möglich voranzukommen;
14. fordert nachdrücklich, dass Lehrer in den Mittelpunkt der Bildungssysteme gerückt werden und dass der Lehrerberuf gefördert und angemessen anerkannt wird; betont, dass es wichtig ist, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, und dass Erzieher und Lehrkräfte für ihre Arbeit angemessen entlohnt werden müssen; weist auf das Potenzial von Online-Plattformen wie eTwinning und Teacher Academies im Rahmen von Erasmus+ hin, um Lehrer – auch über die Grenzen der EU hinaus – besser in die Lage zu versetzen und dabei zu unterstützen, sich mit ihren Amtskollegen auszutauschen, professionell zu arbeiten und berufliche Lernangebote wahrzunehmen; fordert eine stärkere Unterstützung für die kontinuierliche Weiterbildung von Lehrern; weist erneut darauf hin, wie wichtig es ist, die Lehrer über nationale Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge zu informieren; betont, dass die Herausforderung des Ersetzens von Lehrkräften während einer Pandemie angegangen werden muss;
15. unterstreicht die Rolle der nichtformalen und informellen Bildung, der politischen Bildung und der Freiwilligentätigkeit; fordert die Kommission auf, Drittländer bei der Verbesserung der Anerkennung persönlicher Kompetenzen zu unterstützen; besteht auf der Förderung von Solidarität und Mentoring zwischen den Generationen, um Ungleichheiten, Ausgrenzung und Schulabbrüche zu verringern;
16. fordert, dass der weltweite Wissensaustausch und die weltweite Mobilität auf allen Bildungsebenen sowie zwischen und innerhalb von Ländern und Regionen beschleunigt werden, wobei die komplexe und umstrittene Geschichte der globalen Beziehungen anerkannt und betont werden muss, wie wichtig es ist, das Erbe, die kulturelle Identität, die Geschichte, die Kunst und die Weltbürgerschaft durch Bildung zu fördern; weist

diesbezüglich auf das Potenzial einer Kombination von Online-Austausch und Reisen hin;

17. fordert die Kommission auf, angesichts der verheerenden Auswirkungen von COVID-19 auf die Bildung junger Menschen weltweit dringend eine internationale Geberkonferenz unter der Schirmherrschaft der EU und der Vereinten Nationen einzuberufen, um die COVAX-Initiative zu stärken und die Verfügbarkeit eines zugelassenen pädiatrischen Impfstoffs für alle Kinder als gemeinsames Ziel festzulegen; ist der Ansicht, dass dieses Ziel in einen globalen Pakt für Gesundheit aufgenommen und durch die außerordentliche Emission von Sonderziehungsrechten durch den Internationalen Währungsfonds und Spenden aus Industrieländern finanziert werden sollte;
18. weist darauf hin, dass die Synergien zwischen Kultur und Bildung genutzt werden müssen, um nachhaltige, inklusive und widerstandsfähige Gesellschaften zu schaffen; fordert die Kommission und den EAD in diesem Zusammenhang auf, die nationalen Staatsorgane bei der Einbeziehung von Kunst und Kultur in die Lehrpläne der Schulen und in außerschulische Aktivitäten zu unterstützen, um die Bildungs- und Lernerfahrungen von Lernenden in Drittländern zu bereichern;
19. betont, dass die berufliche Bildung, die nichtformale Bildung, Mentoring und Schulungsmaßnahmen für alle Lernenden wichtig sind; ist der Ansicht, dass berufliche Bildung für Lernende in Drittländern eine grundlegende zusätzliche Option darstellt, die ihnen helfen würde, den Übergang in den Arbeitsmarkt erfolgreich zu bewältigen, und ihnen und ihren Familien einen Grund geben würde, die Schule abzuschließen. spricht sich für die Förderung der beruflichen Bildung als einen zu Beschäftigung führenden Weg der Exzellenz aus; bekräftigt die Bedeutung der externen Dimension des europäischen Bildungsraums und des entsprechenden Raums der beruflichen Bildung; betont, dass es internationaler Mobilität und des Austauschs bewährter Verfahren in diesem Bereich bedarf, einschließlich der Förderung von interkulturellen Erfahrungen und Lernerfahrungen mit Drittländern über die formale Bildung hinaus; fordert, dass wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um die Diskrepanz zwischen den Bildungssystemen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu verringern;
20. betont, wie wichtig es ist, Sensibilisierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dem Umweltschutz sowie deren Auswirkungen auf Kinder und künftige Generationen zu entwickeln und zu stärken; fordert, dass Umwelterziehung zu einem Kernbestandteil der Lehrpläne der Schulen gemacht wird;
21. fordert die Kommission und den EAD auf, eine umfassende Sexualerziehung zu fördern und zu unterstützen, die für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen zugänglich, angepasst und frei von Stigmata ist, und zwar im Rahmen sowohl formaler als auch nichtformaler Bildung, einschließlich Informationen über Dienste im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit;
22. betont die wichtige Rolle des Sportunterrichts in Schulen, da körperliche Betätigung und eine gesunde Lebensweise entscheidend für die Verbesserung der Gesundheit der Lernenden sind; fordert die Kommission und den EAD auf, die nationalen Staatsorgane bei der Gewährleistung ausreichender und sicherer Sporteinrichtungen in Schulen und

sowie bei der Ausbildung qualifizierter Sportlehrer zu unterstützen;

23. bedauert, dass die Diskriminierung von Flüchtlingskindern, die bislang kaum oder gar keinen Zugang zu Bildung hatten, durch die COVID-19-Krise noch zugenommen hat; bekräftigt, dass segregierte Klassen in Aufnahmelagern, die oft von Freiwilligen organisiert werden, kein Ersatz für Schulbildung sein können; fordert die Schulpflicht für Flüchtlingskinder im Schulsystem des Aufnahmelandes als Voraussetzung für den Zugang zu EU-Mitteln im Bereich der Migration; fordert die Kommission und den EAD auf, Länder, die Flüchtlinge aufnehmen, dabei zu unterstützen, ihre lokalen Bildungssysteme zu stärken und Aufnahmegemeinschaften bei der nachhaltigen Integration von Flüchtlingen zu helfen; fordert den EAD auf, die Koordinierung zwischen Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsdiensten zu fördern; weist erneut darauf hin, dass Schulen ein sicherer Zufluchtsort für Kinder sein und als öffentlicher Raum für demokratische Rechte und freie Meinungsäußerung dienen sollten; bekräftigt, dass Bildungsgebühren kein Hindernis für den Zugang zu hochwertiger Bildung darstellen sollten, nicht zuletzt, weil die Pandemie zu einer Verarmung von Kindern und ihren Familien geführt hat;
24. fordert, dass Technologien, digitale Werkzeuge und Bildungsressourcen für Lehrkräfte, Studierende und Auszubildende weltweit leicht verfügbar, erschwinglich und zugänglich sind, und betont, dass diese Technologien und Werkzeuge weiter unterstützt und verbreitet werden müssen; fordert die Kommission und den EAD nachdrücklich auf, die Behörden von Drittländern bei der Bereitstellung digitaler Schulungen für Lehrer und Erzieher zu unterstützen, um diesen dabei zu helfen, digitale Kompetenzen zu erwerben oder zu verbessern und das notwendige Verständnis für die Nutzung digitaler Lernmaterialien zu entwickeln; fordert die Kommission auf, Drittländer durch bilaterale und multilaterale Initiativen zu unterstützen, um den digitalen Zugang zu Lehrmaterialien zu erleichtern und Lösungen für die grenzüberschreitende Nutzung zu entwickeln; weist darauf hin, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass bei der Digitalisierung kein Kind zurückgelassen wird, und fordert die Kommission und den EAD auf, eng mit Drittländern und dem Privatsektor zusammenzuarbeiten, um Breitbandzugang und Internetanschlüsse in Klassenzimmern bereitzustellen; fordert, dass IKT und digitale Technologien in die Lehrpläne aufgenommen werden und dass Mädchen ermutigt werden, Fächer in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Kunst und Technik (MINKT) zu belegen; fordert, dass digitales Lernen zu einem Notfalldienst in Schulsystemen weltweit wird; betont, dass es zwar nicht den Präsenzunterricht ersetzen sollte, dass hybrides Lernen im Zuge des digitalen Wandels jedoch neue Möglichkeiten eröffnen kann; fordert die Entscheidungsträger weltweit auf, Konnektivität und den Zugang zu digitalen Infrastrukturen, wie etwa den Zugang zu einem erschwinglichen und hochwertigen Netz, als ein mit dem Grundrecht auf Bildung einhergehendes Recht zu betrachten;
25. fordert die EU nachdrücklich auf, eine führende Rolle als Bildungsmacht einzunehmen, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, ihre Fähigkeit, die Bildung von Kindern weltweit zu unterstützen, in vollem Umfang wahrzunehmen und ihren Überzeugungen in dieser Frage Geltung zu verschaffen; unterstreicht die zentrale Rolle des künftigen europäischen Bildungsraums, der eine wichtige Gelegenheit für eine stärkere internationale Zusammenarbeit zur Schaffung von Synergien im Bereich der Bildung über Europa hinaus bietet, um gemeinsame Ansätze und Lösungen für gemeinsame



Herausforderungen zu entwickeln; fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen zu intensivieren, um eine diesbezügliche Strategie mit einem klaren Konzept und klaren Zielen festzulegen;

26. erkennt an, dass es die COVID-19-Krise noch dringlicher gemacht hat, gegen Gewalt gegenüber Kindern vorzugehen; hebt das Erfordernis hervor, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um jegliche Form der körperlichen Züchtigung von Kindern zu verbieten, und schädliche Praktiken wie Kinderarbeit, Kinderhandel, geschlechtsspezifische Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung sowie Früh- und Zwangsverheiratung von Kindern ausdrücklich zu verurteilen und sich für die Beseitigung dieser Praktiken einzusetzen; fordert die Kommission und den EAD auf, in Konflikt- oder Notsituationen hochwertige Bildung, die den vom Inter-agency Network for Education in Emergencies entwickelten Mindeststandards entspricht, zu fördern; betont, wie wichtig es ist, im Einklang mit der EU-Kinderrechtsstrategie und ihrer globalen Dimension sicherzustellen, dass die Stimmen der Kinder in Entscheidungen, die ihren Zugang zu hochwertiger, sicherer und inklusiver Bildung betreffen, gehört werden; betont, wie wichtig es für Kinder ist, insbesondere durch Präsenzunterricht Kompetenzen zu erwerben, die sie in die Lage versetzen, sich ihr gesamtes Leben lang weiterzuentwickeln, z. B. was persönliche Beziehungen, Lernkompetenzen, Einfühlungsvermögen und Zusammenarbeit betrifft; betont, wie wichtig es für Kinder ist, Spiel- und Freizeitaktivitäten als zentrales Element ihrer Entwicklung wahrnehmen zu können, was in Artikel 31 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes anerkannt wird; fordert, dass Schritte eingeleitet werden, um die Zugänglichkeit von Freizeit- und Kulturaktivitäten für Kinder zu verbessern, und zwar sowohl als Recht an sich als auch als Mittel zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und ihres allgemeinen Wohlbefindens;
27. verpflichtet sich, Bildung zu einem zentralen Diskussionsthema im Rahmen der Arbeit der parlamentarischen Delegationen zu machen, insbesondere durch paritätische parlamentarische Versammlungen wie die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU;



## ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	7.2.2022
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:                 24 -:                 1 0:                 3
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Asim Ademov, Ilana Cicurel, Gianantonio Da Re, Laurence Farreng, Tomasz Frankowski, Alexis Georgoulis, Catherine Griset, Sylvie Guillaume, Hannes Heide, Irena Joveva, Petra Kammerevert, Niyazi Kizilyürek, Predrag Fred Matić, Dace Melbārde, Victor Negrescu, Peter Pollák, Marcos Ros Sempere, Monica Semedo, Andrey Slabakov, Massimiliano Smeriglio, Michaela Šojdrová, Sabine Verheyen, Salima Yenbou, Theodoros Zagorakis
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Christian Ehler, Loucas Fourlas, Elżbieta Kruk, Viola Von Cramon-Taubadel

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

24	+
ECR	Dace Melbārde
PPE	Asim Ademov, Christian Ehler, Loucas Fourlas, Tomasz Frankowski, Peter Pollák, Michaela Šojdrová, Sabine Verheyen, Theodoros Zagorakis
Renew	Ilana Cicurel, Laurence Farreng, Irena Joveva, Monica Semedo
S&D	Sylvie Guillaume, Hannes Heide, Petra Kammerevert, Predrag Fred Matić, Victor Negrescu, Marcos Ros Sempere, Massimiliano Smeriglio
The Left	Alexis Georgoulis, Niyazi Kizilyürek
Verts/ALE	Viola Von Cramon-Taubadel, Salima Yenbou

1	-
ID	Catherine Griset

3	0
ECR	Elżbieta Kruk, Andrey Slabakov
ID	Gianantonio Da Re

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung